

Bildungsministerin Dr. Ute Eiling-Hütig
Ministerium für Bildung
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz

03.08.2026

Offener Brief des LEA RLP zum SCQEG

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Eiling-Hütig,

der Vorstand des Landeselternausschusses der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz (LEA RLP) schließt sich der Stellungnahme der Bundeselternvertretung KiTa (bevki) zum Referentenentwurf des KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetzes (SCQEG) ausdrücklich und vollumfänglich an. Der Gesetzentwurf kann einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Kindertagesbetreuung und zu vergleichbaren Lebensbedingungen über Ländergrenzen hinaus leisten. In seiner bisherigen Form bleibt er jedoch hinter den dafür notwendigen Regelungen zurück.

Die Bundeselternvertretung benennt die entscheidenden Schwachstellen des Gesetzentwurfs klar und zutreffend. Wir unterstützen ihre Forderungen mit allem Nachdruck. Die Qualität frühkindlicher Bildung darf weder vom Wohnort eines Kindes noch von den finanziellen Möglichkeiten seiner Familie abhängen.

Aus Sicht des LEA RLP braucht es verbindliche bundesweite Mindeststandards, insbesondere für eine bedarfsgerechte Personalausstattung und Fachkraft-Kind-Relation. Ebenso notwendig ist eine langfristige und auskömmliche Beteiligung des Bundes an der Finanzierung, die über das Jahr 2034 hinaus Planungssicherheit schafft. Finanzierungslücken dürfen nicht durch höhere Beiträge oder zusätzliche Kosten für Familien geschlossen werden. Rheinland-Pfalz ist deshalb aufgefordert, seinen Einfluss in den Bund-Länder-Verhandlungen und im weiteren Gesetzgebungsverfahren konsequent für entsprechende Nachbesserungen zu nutzen.

Der LEA RLP teilt zudem die Sorge der bevki, dass frühkindliche Bildung im Gesetzentwurf zu stark auf messbare Kompetenzen, standardisierte Erhebungen und schulische Vorläuferfähigkeiten reduziert wird. Kinder sind keine Leistungsträger im Wartestand und Kitas keine Vorschulen mit permanentem Prüfauftrag. Wir lehnen jeden Ansatz entschieden ab, der bereits im frühen Kindesalter Druck erzeugt und Bildung auf messbare Leistungen reduziert. Kinder brauchen Zeit, Vertrauen, Beziehungen und Raum zum Spielen – keine frühe Vermessung ihrer vermeintlichen Defizite.

Sprach- und Entwicklungsstandserhebungen müssen kindgerecht, diskriminierungs- und mehrsprachigkeitssensibel gestaltet werden. Zugleich muss gewährleistet sein, dass auf die Feststellung eines Förderbedarfs auch eine tatsächlich verfügbare und

ausreichend ausgestattete Förderung folgt. Es hilft keinem Kind, einen Förderbedarf festzustellen, wenn anschließend Zeit, Personal und geeignete Angebote für die notwendige Unterstützung fehlen. Diagnostik und Förderung müssen in einem sinnvollen Verhältnis stehen. Zusätzliche Aufgaben dürfen nicht einfach auf ein bereits stark belastetes System übertragen werden.

Besondere Aufmerksamkeit muss auf Kinder und Familien gelenkt werden, die bislang keinen oder nur erschwerten Zugang zu Angeboten der Kindertagesbetreuung haben. Dafür braucht es niedrighschwellige, wohnortnahe und sozialraumorientierte Unterstützung sowie eine stärkere Zusammenarbeit von Kitas, Kindertagespflege, Familienzentren, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Beratungsangeboten. Zusätzliche Ressourcen für Einrichtungen in herausfordernden Lagen müssen tatsächlich der pädagogischen Arbeit zugutekommen und dürfen nicht lediglich bestehende Finanzierungslücken ausgleichen.

Ein zentraler Punkt ist für den LEA RLP die verbindliche Beteiligung von Eltern und ihren gewählten Vertretungen. Eltern dürfen nicht nur informiert oder bei einzelnen Anlässen einbezogen werden. Sie müssen auf Einrichtungs-, Landes- und Bundesebene als feste Partner:innen an Qualitätsentwicklung, Monitoring und Evaluation mitwirken. Eltern kennen die Bedürfnisse und Lebensrealitäten ihrer Kinder. Dieses Wissen ist ein unverzichtbarer Bestandteil guter Qualitätsentwicklung. Wer die Qualität der Kindertagesbetreuung verbessern will, muss Eltern und ihre demokratisch legitimierten Vertretungen verbindlich und auf Augenhöhe beteiligen.

Der LEA RLP fordert das Bildungsministerium und die Landesregierung Rheinland-Pfalz auf, die Empfehlungen der Bundeselternvertretung in ihre Position zum SCQEG aufzunehmen und sich gegenüber dem Bund sowie im Bundesrat aktiv für substanzielle Nachbesserungen einzusetzen. Auch bei der späteren Umsetzung in Rheinland-Pfalz müssen die Elternvertretungen frühzeitig und verbindlich beteiligt werden. Das Land muss transparent darlegen, wie Bundesmittel eingesetzt, zusätzliche Belastungen der Einrichtungen vermieden und landesweit spürbare Qualitätsverbesserungen erreicht werden sollen.

Frühkindliche Bildung ist keine freiwillige Leistung, sondern eine zentrale Investition in Kinderrechte, Chancengerechtigkeit und die Zukunft unseres Landes. Rheinland-Pfalz muss jetzt seinen politischen Gestaltungsspielraum nutzen und sich dafür einsetzen, dass aus einem grundsätzlich richtigen Vorhaben ein wirksames und dauerhaft finanziertes Qualitätsgesetz wird.

Im Namen des Vorstandes des LEA RLP



Annegret Neugschwender
Vorsitzende



Michael Hermann
Stellvertretender Vorsitzender

- Landeselternausschuss der Kita RLP
- Geschäftsstelle
- Mittlere Bleiche 61
- 55116 Mainz

Vorsitzende
Annegret Neugschwender

Stellv. Vorsitzender
Michael Hermann

Webseite: www.lea-rlp.de
E-Mail: vorstand@lea-rlp.de